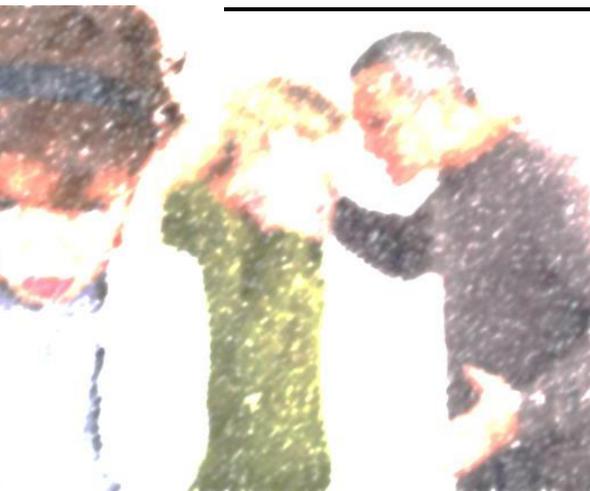


Jahresbericht des Koordinationsbüros Täterarbeit Rheinland-Pfalz 2024



Träger:
Brücke Altenkirchen e. V.
Friedrichstr. 17
57518 Betzdorf



Fon: 02741/93 301 0
Mobil: 0151 – 127 512 37
koordinationsbuero@contra-haeusliche-gewalt.de

Inhaltsverzeichnis	Seite
0. Abkürzungsverzeichnis	3
1. Vorwort	4
2. Statistische Auswertung der Daten der Beratungsstellen	6
2.1. Falleingänge	6
2.2. Zugangswege	7
2.2.1. Zugangswege landesweit absolut	8
2.2.2. Zugangswege landesweit relativ	10
2.2.3. Auswertungen der Zugangswege	10
2.3. Überblick über die Gesamtaktivitäten der Beratungsstellen	13
2.3.1. Gesprächsangebote	13
2.3.2. Gruppenangebote	14
2.3.3. Abschluss Trainingsprogramm	16
2.4. Soziobiografische Daten der Klienten	18
2.4.1. Geschlecht	18
2.4.2. Altersverteilung der Klienten	19
2.4.3. Arbeitssituation der Klienten	19
2.4.4. Kinder	20
2.4.5. Kultureller Hintergrund der Klienten	21
2.4.6. Wohn- bzw. Beziehungssituation der Klienten	22
3. Hochrisikomanagement	24

0. Abkürzungsverzeichnis

AK	Altenkirchen
ASD	Allgemeiner Sozialdienst
ASDJ	Ambulanter Sozialdienst der Justiz (BWH + GH)
AG	Amtsgericht
BAG TäHG	Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.
BWH	Bewährungshilfe
GH	Gerichtshilfe
GesB	Gewalt in engen sozialen Beziehungen
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
FamG	Familiengericht
FTHG®	Fachkraft für Täterarbeit Häusliche Gewalt nach BAG TäHG ®
FUE	Frauenunterstützungseinrichtungen
HRM	Hochrisikomanagement
JA	Jugendamt
KH	Bad Kreuznach
KL	Kaiserslautern
KO	Koblenz
LD	Landau
LG	Landgericht
LPR	Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz
LU	Ludwigshafen
NRO	Nichtregierungsorganisationen
MFFJIV	Ministerium für Frauen, Familien, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
MJ	Ministerium der Justiz
MZ	Mainz
PP	Polizeipräsidium
PS	Pirmasens
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
Pol.	Polizei
RIGG	Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen
Selbst.	Selbstmelder
Sonst.	Sonstige
StA	Staatsanwaltschaft
StG	Strafgericht
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TAE	Täterarbeitseinrichtung
TR	Trier

1. Vorwort

Häusliche Gewalt ist ein Verstoß gegen das Recht des Menschen auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Diese Form von Gewalt ist gesellschaftlich verbreitet und Kinder sind generell mitbetroffen, indem ihnen Gewalt direkt widerfährt oder sie Gewalt zwischen den Eltern miterleben müssen. Im Jahr 2004 starteten das Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz und die damalige Opfer- und Täterhilfe Rheinhessen e.V. in Mainz ein Pilotprojekt zur Täterarbeit bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB). Das Ministerium folgte damit der Empfehlung des „Rheinland-pfälzischen Interventionsprojekts gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ (RIGG).

Nach erfolgreicher Projektphase in Mainz erfolgte 2007 die Ausweitung auf Landesebene zunächst mit 8, seit 01.10.2017 mit 9 Einrichtungen in freier Trägerschaft zu je einer 50%-Stelle. Die Zuständigkeitsbereiche der TAE orientieren sich an den jeweiligen Landgerichtsbezirken (Koblenz seit 2017 mit zwei TAE-Stellen).

Zusätzlich wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet, welche bis Ende 2022 beim Verein Bewährungshilfe Koblenz e. V. ansässig war.

Seit 2023 ist die Brücke Altenkirchen e. V. nun der Träger der Koordinierungsstelle. Dies wurde notwendig, da die langjährige Inhaberin der Stelle, Frau Reinhardt, in Elternzeit gegangen ist. Diese Regelung wird bis zum 30.04.2025 fortgesetzt.

Ab 01.05.2025 wird der Verein Bewährungshilfe Koblenz e. V. die Koordinierungsstelle, in Person von Frau Reinhardt, erneut übernehmen.

Das Koordinationsbüro RLP hat u.a. eine koordinierende und unterstützende Funktion für alle neun Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ und deren Träger. Ebenso dient es dem Ministerium des Innern und für Sport als zentraler Ansprechpartner. Weitere Aufgaben sind die Qualitätssicherung der TAE sowie überregionale Gremien- und Netzwerkarbeit.

Täterarbeit erlangte in den letzten Jahren nicht nur auf Landesebene zunehmend an Bedeutung. Auch auf Bundesebene ist eine wachsende Zahl von Täterarbeitseinrichtungen zu verzeichnen. So erfolgte 2007 die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. (BAG TäHG), welche den Standard und Empfehlungen für die Arbeit mit männlichen Tätern in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt erarbeitet hat (vgl.: www.bag-taeterarbeit.de). Die BAG TäHG e. V. ist heute ein interinstitutioneller, interkultureller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen häuslicher Gewalt in Deutschland. Ihm gehören Einrichtungen an, die mit Tätern und Opfern häuslicher Gewalt arbeiten, Opferschutz leisten und gewaltpräventiv wirken. Ihre Mitgliederinstitutionen arbeiten in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern und Beratungsstellen zusammen.

Alle dem Projekt „Contra Häusliche Gewalt!“ zugehörigen neun Beratungsstellen sowie das Koordinationsbüro sind Mitglied der BAG TäHG und arbeiten nach deren Standards. Ebenso absolvierten fast alle Mitarbeitenden die zertifizierte praxisbegleitende Weiterbildung zur Fachkraft für Täterarbeit Häusliche Gewalt nach BAG TäHG (FTHG®).

Mit der Täterarbeit wurde eine wichtige Lücke in der Interventionskette gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen geschlossen. Ziel der Täterarbeit ist an erster Stelle der Opferschutz durch das Bewirken einer Verhaltensänderung beim Täter. Täterarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gewaltprävention.

Täterarbeit findet im Kontext einer regionalen Vernetzung (FUE, JA, FG, StA, AG etc.) statt und folgt einem konfrontativen verhaltensorientierten Ansatz mit dem Ziel, gewalttätiges Verhalten zu beenden. Die Klienten sollen möglichst frühzeitig in ein Trainingsangebot eingebunden werden, damit die Täterarbeit entsprechend intervenieren kann. Kernstück der Arbeit mit den Tätern ist ein „Soziales Gruppentraining“ über einen Zeitraum von ca. sechs Monaten, welches in halboffener oder geschlossener Form stattfindet.

Neben fremdmotivierten Tätern, d.h. durch Strafgerichte und Staatsanwaltschaft zugewiesene Täter, gehören selbstmotivierte Täter, die auf Empfehlung kooperierender Institutionen die Beratungsstellen aufsuchen bzw. sogenannte Selbstmelder, die aus eigenem Antrieb den Weg in die Beratungsstellen finden, zur Zielgruppe der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“. Die selbstmotivierten Klienten sind sehr hilfreich für den Gruppenprozess, da sie Eigenmotivation zur Verhaltensänderung mitbringen und dadurch häufig motivierend auf Teilnehmer mit justizieller Auflage bzw. Weisung wirken.

Die größte inhaltliche Herausforderung für die pädagogisch und psychologisch ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen „Contra Häusliche Gewalt!“ besteht einerseits in der Herstellung eines für den Arbeitsprozess notwendigen persönlichen Vertrauensverhältnisses, andererseits aber zugleich in einem offenen und konfrontativen Umgang mit der Gewalttat.

Die im Folgenden dargestellten statistischen Auswertungen basieren auf den Daten, die von den Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ eigenverantwortlich erfasst und dem Koordinationsbüro zugeliefert werden. Das Koordinationsbüro hat die Aufgabe, diese Daten zu kumulieren und daraus den Jahresbericht zu erstellen.

2. Statistische Auswertungen der Daten

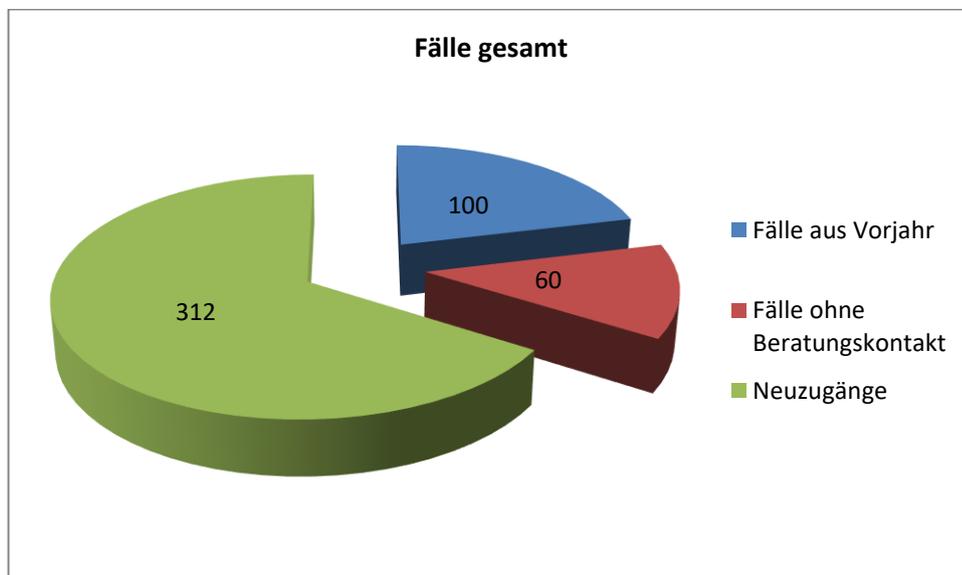
2.1. Falleingänge

Hier unterscheidet die TAE in der Erhebung ihrer Daten zwischen Fällen mit und ohne persönlichem Beratungskontakt. Erstere gelten als „echte Falleingänge“ und dienen dieser Statistik in den folgenden Ausführungen als Grundlage.

Die neun Institutionen „Contra Häusliche Gewalt!“ verzeichneten im Jahr 2024 insgesamt 312 echte Falleingänge (2021: 321, 2022: 331, 2023: 349). Sie haben darüber hinaus noch 100 laufende Fälle aus dem Vorjahr zum Abschluss geführt.

Erstmals haben wir seit fünf Jahren einen Rückgang der Fallzahlen auf das Niveau des Vorcoronajahrs 2019 mit damals 311 Fällen.

Somit wurden im Jahr 2024 insgesamt 412 Fälle (2021: 431, 2022: 450, 2023: 468) von den Täterarbeitseinrichtungen bearbeitet.



Auch die sog. „Fälle ohne Beratungskontakt“ müssen hier zumindest erwähnt werden, da sie im Arbeitsalltag teilweise **großen** Verwaltungsaufwand bedeuten. Unter „Fällen ohne Beratungskontakt“ sind z. B. Fälle zu verstehen, die als Zuweisung über die Justiz in Form einer Akte auf dem Schreibtisch der TAE landen, der Klient aber nie zum Erstgesprächstermin erschienen ist. D. h. die Akte wird von den Mitarbeitenden gesichtet, eine eigene Akte angefertigt, die zuweisende Stelle sowie der Klient (mehrfach) angeschrieben etc., bis der Fall als „Fall ohne Beratungskontakt“ geschlossen und die zuweisende Stelle erneut angeschrieben werden muss.

Zählt man also diese Fälle zu den Falleingängen hinzu, so kann man **für das Jahr 2024 von 372 sog. „absoluten“ Falleingängen (2021: 351, 2022: 408, 2023: 409) und von einer Gesamtzahl von 472 Fällen** (s. Kreisdiagramm im Kasten) **(2021: 461, 2022: 527, 2023: 528) sprechen.**

Die weiteren Ausarbeitungen beziehen sich jedoch ausschließlich auf die „echten Fälle“, d.h. die Fälle mit Beratungskontakt.

Im Jahr 2024 weist die PKS RLP 8.948 Opfer von Partnerschaftsgewalt aus. Insgesamt wurden 14.384 Opfer häuslicher Gewalt erfasst.

„Die Anzahl der Opfer Häuslicher Gewalt nahm innerhalb der letzten zehn Jahre um 2.448 (+20,5 %) auf 14.384 Opfer zu und hat damit im Jahr 2024 einen Höchststand erreicht. Der Anstieg der Opfer Häuslicher Gewalt im Vergleich zum Vorjahr um 574 Opfer (+4,2 %) ist insbesondere auf die Zunahme im Bereich der vorsätzlichen einfachen Körperverletzung (+325 bzw. 4,1 % auf 8.198 Opfer) und der Bedrohung (+172 bzw. 6,5 % auf 2.802 Opfer) zurückzuführen.

Der Anteil der Opfer von Partnerschaftsgewalt an der Häuslichen Gewalt lag in den vergangenen zehn Jahren bei rund 65 %, der der innerfamiliären Gewalt entsprechend bei rund 35 %. Etwa die Hälfte der Opfer Häuslicher Gewalt lebte mit der tatverdächtigen Person in einem gemeinsamen Haushalt.

Im Berichtsjahr 2024 wurden von den insgesamt 14.384 Opfern Häuslicher Gewalt 17 Personen tödlich, 81 schwer und 8.563 leicht verletzt. Im Berichtsjahr waren innerhalb der Partnerschaftsgewalt 6.934 Opfer weiblich (79,2 %) und 1.817 männlich (20,8 %), bei der innerfamiliären Gewalt 2.728 Opfer weiblich (53,9 %) und 2.331 männlich (46,1 %).“¹

Das seit nunmehr 25 Jahren erfolgreich laufende RIGG-Projekt hat hierbei sicherlich durch die breite Öffentlichkeitswirkung, die Präventionsarbeit aller Beteiligten und das Herauslösen des Themas GesB aus der Tabuzone seinen Beitrag geleistet. Damit dürfte eine deutliche Aufhellung des sogenannten Dunkelfelds einhergehen. Dies würde bedeuten, dass die in der PKS zu verzeichnenden Anstiege nicht einem realen Anstieg der begangenen Kriminalität entsprechen, sondern ein größerer Anteil der begangenen, aber bislang nicht bekannt gewordenen Kriminalität in das Hellfeld gelangt.

Im Folgenden werden die Falleingänge des Jahres 2024 der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ differenziert nach den jeweiligen Zugangswegen dargestellt.

¹ <https://www.polizei.rlp.de/service/statistiken/kriminalstatistik>, PKS_Kurzübersicht_2024, Seite 64 - Abfrage Stand 28.03.2025

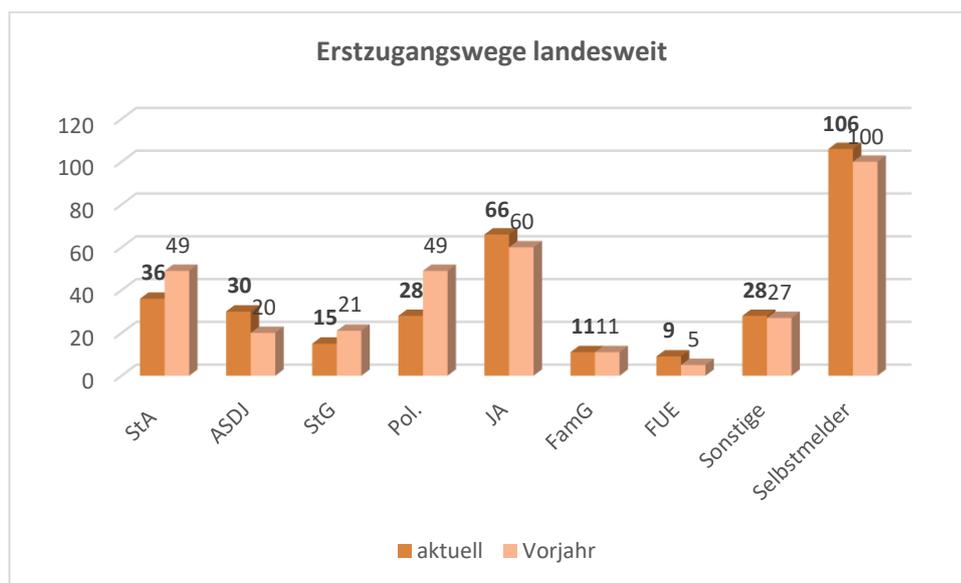
2.2. Zugangswege

Der Zugangsweg beschreibt, auf welchem Weg die Klienten (durch Zuweisung bzw. auf Empfehlung einer Institution oder aus eigenem Antrieb) zur Beratungsstelle „Contra Häusliche Gewalt!“ gefunden haben. Dies lässt jedoch nur bedingt Rückschlüsse auf die Beratungstätigkeit der Kooperationspartner im Hinblick auf Empfehlung/Verweis an die TAE zu.

In den Landgerichtsbezirken bestehen den regionalen Erfordernissen entsprechende Kooperationsnetzwerke. Ein regelmäßiger, persönlicher Austausch sowie die kontinuierliche Kontaktpflege zu den kooperierenden Stellen und Institutionen ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“, der stets gepflegt und intensiviert werden sollte, da eine gute Zusammenarbeit und Vernetzung für die Arbeit unerlässlich sind.

Im Folgenden werden die landesweiten Zugangswege, differenziert nach Erst- und Zweitzugangsweg², dargestellt.

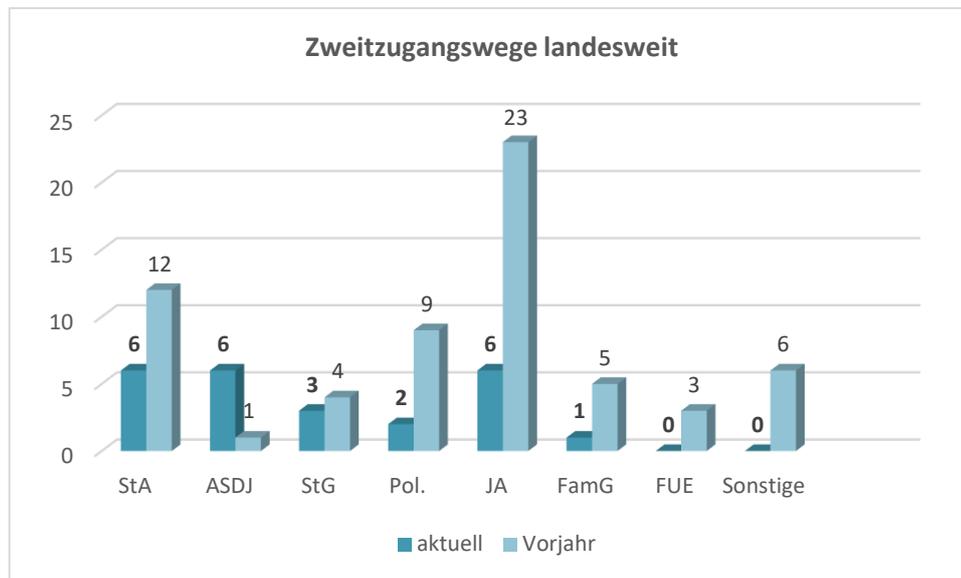
2.2.1. Zugangswege landesweit absolut



Der Vergleich der Erstzugangswege zeigt, dass die Zahl der Selbstmelder erneut leicht angestiegen ist. Im Vergleich zu 2023 sind es 6 Fälle, zu 2022 16 Fälle mehr. Nach zwei Jahren in Folge mit steigenden Zuweisungen über die Polizei sind die Zugänge auf Empfehlungen der Polizei 2024 mit 28 Fällen rückläufig (2022: 31, 2023: 49). Die Zahlen der Zuweisungen durch die Staatsanwaltschaften waren die letzten Jahre stabil und schwankten um +/- 50 Zuweisungen im Jahr (2020: 54, 2021: 48, 2022: 51, 2023: 49 Fälle). Im Jahr 2024 gab es nur 36 Fälle über die Staatsanwaltschaften.

² Erstzugang: primäre Motivation der Klienten, die TAE aufzusuchen. Zweitzugang: der Klient ist bereits im Programm der TAE eingebunden, bekommt z.B. eine (nachträgliche) justizielle Auflage hierzu.

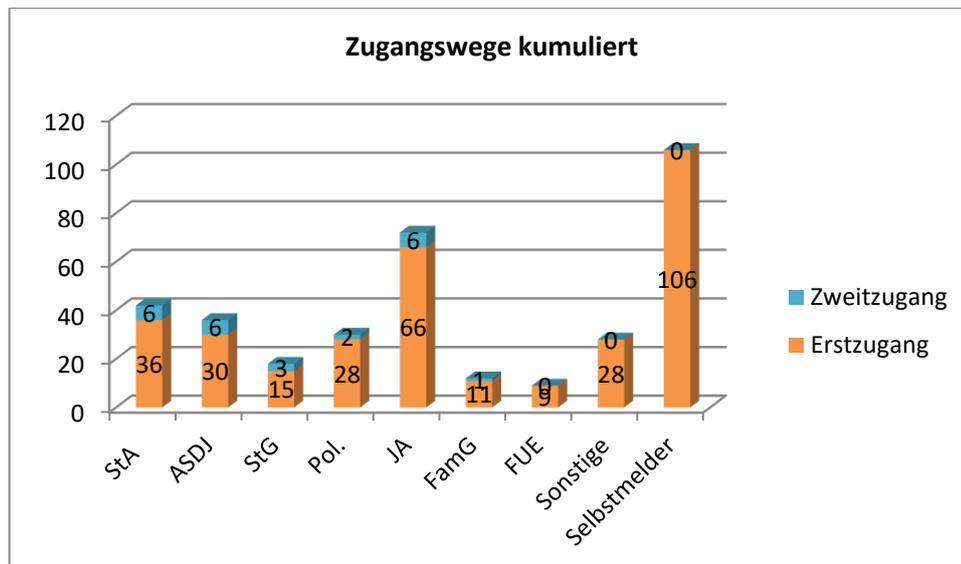
Der Jahresvergleich der Zweitzugangswege ergibt folgendes Bild:



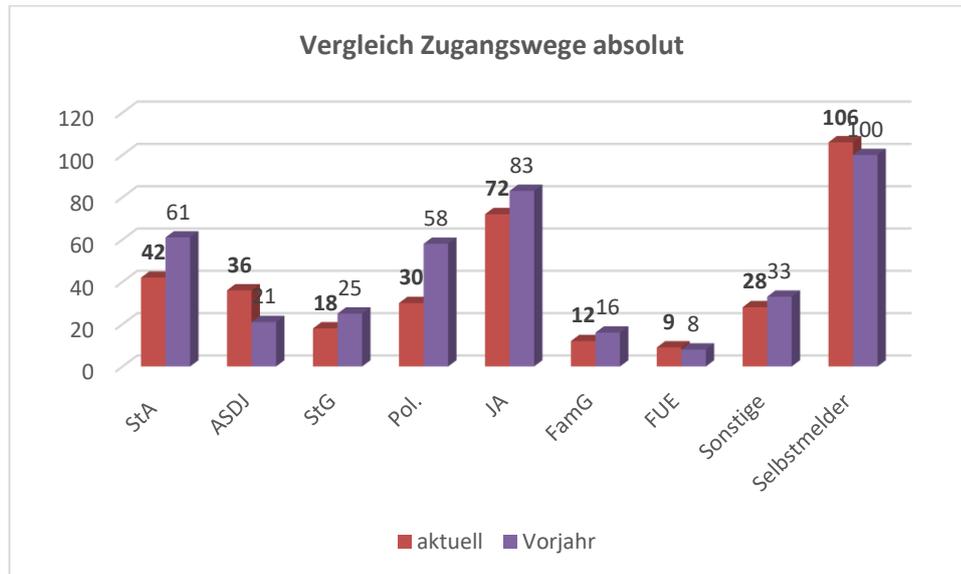
Nach einem deutlichen Anstieg bei der Zuweisung durch die Staatsanwaltschaften im Jahr 2022 ist die Zweitzuweisung 2023 auf 12 Fälle gesunken. Dieser Rückgang hat sich im Jahr 2024 mit 6 Fällen zu einem Trend verstetigt.

Nach einem deutlichen Anstieg bei den Zuweisungen durch das Jugendamt (2021: 8, 2022: 4, 2023: 23) haben wir 2024 einen Rückgang auf 6 Fälle zu verzeichnen.

Erst die Kumulierung beider Zugänge ergibt ein genaueres Bild über die Zuweisungs- bzw. Empfehlungspraxis unserer Kooperationspartner:



Somit ergibt sich folgendes Bild der Zugangswege in 2024:



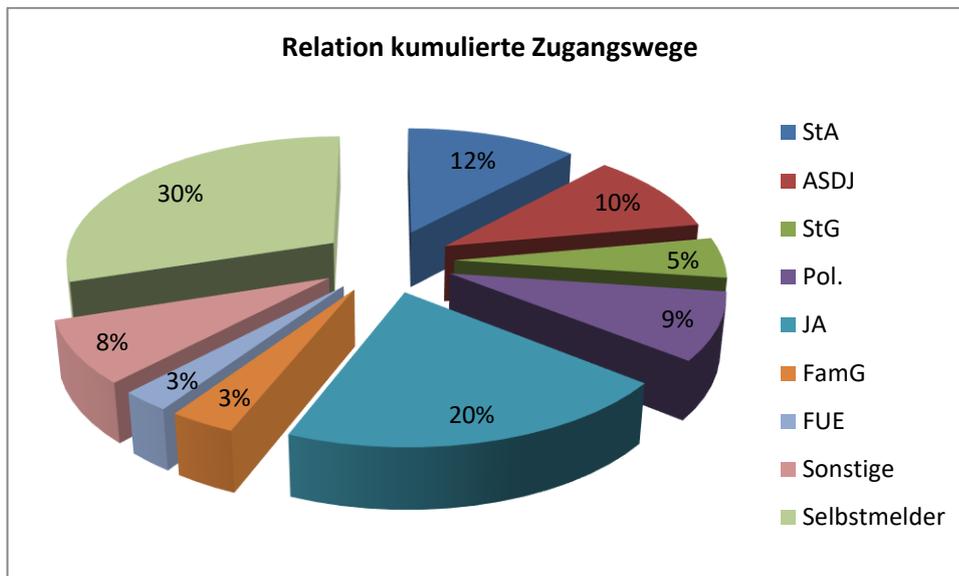
Die Vermittlung durch die Jugendämter ist mit 72 Fällen im Vergleich zu 2023 mit 83 Fällen zurückgegangen. Damit liegt sie mit einem Fall Abweichung auf dem Wert von 2021 mit 73 Fällen.

Der Trend der hohen Zuweisungen durch die Polizei (2021: 26, 2022: 32, 2023: 58) setzte sich 2024 nicht fortgesetzt. Hier haben wir mit 30 Zuweisungen im Jahr 2024 faktisch eine Halbierung der Zahlen festzustellen.

Nachfolgende Auswertungen basieren auf Erst- und Zweitzugangswegen.³

³ Dies gilt auch bei nachfolgenden Jahresvergleichen zu beachten.

2.2.2. Zugangswege landesweit relativ



Aus Sicht der Beraterinnen und Berater ist es erfreulich, dass weiterhin die Selbstmelder den größten Anteil der Zugangswege darstellen (Bandbreite von 26-30% für die Jahre 2020 bis 2025). Dies spricht für einen guten Bekanntheitsgrad der Beratungsstellen in der Bevölkerung.

Die Empfehlungen über die Jugendämter und Familiengerichte war 2023 um 5% im Vergleich zum Jahr 2022 gestiegen. Wir haben dort einen leichten Rückgang von 25% auf 23% für 2025 zu verzeichnen. Gerade bei GesB sind die Kinder immer mitbetroffen, die Behörden müssen tätig werden und können unser Angebot für die Gewaltausübenden nutzen.

Die Zuweisungen über die Strafjustiz sind mit 17% (StA + StG) erneut zurückgegangen (2021: 21%, 2022: 26%, 2023: 21%).

Dieser Rückgang zeigt sich auch bei den Empfehlungen über die Polizei; waren es 2023 noch 14%, konnten wir 2024 nur noch 9% verzeichnen.

2.2.3. Auswertungen der Zugangswege

In den folgenden Ausführungen lassen sich die einzelnen Zugangswege genauer betrachten:

Unter sogenannten **Selbstmeldern** versteht man Klienten, die aus eigenem Antrieb den Weg in die Beratungsstelle gefunden haben (insgesamt 106). Sie haben weder eine justizielle Auflage erhalten, noch kommen sie auf Empfehlung eines Kooperationspartners. Diese Klienten wurden u.a. über Informationsmaterial, Presse, Internet bzw. Empfehlungen aus dem privaten Umfeld auf die Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ aufmerksam. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass Selbstmelder eine hohe eigene Motivation zur Verhaltensänderung besitzen. Oft kommt die Motivation von der Partnerin, die die Teilnahme des Partners an einem Trainingsprogramm als letzten Ausweg vor der Trennung sieht. So wäre dieser Fall kein echter Selbstmelder im eigentlichen Sinne; wir bezeichnen aber der stat. Erfassung wegen Personen als „Selbstmelder“, die nicht über eine andere Institution zu uns kommen.

Für die Gruppendynamik sind die sogenannten Selbstmelder sehr hilfreich, da sie Teilnehmern mit Auflagen bzw. Weisungen vor Augen führen können, dass sich eine aktive Teilnahme lohnen kann und auch eigene Ziele und Verbesserungen des Konfliktverhaltens nachhaltig

erarbeitet werden können. Die Anzahl der Selbstmelder liegt in einzelnen Landgerichtsbezirken weit über dem Durchschnitt.

Der nach wie vor hohe relative Anteil der Selbstmelder von 30% (2021: 30%, 2022: 25%, 2023: 25%) lässt auf einen recht großen Bekanntheitsgrad von „Contra Häusliche Gewalt!“ im Land schließen. Dies ist u.a. der intensiven Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen zu verdanken.

Insgesamt 30 Klienten sind dem Hinweis der **Polizei** zum Aufsuchen der Beratungsstelle „Contra Häusliche Gewalt!“ gefolgt. Der Vergleich zum Vorjahr (N=58) ergibt einen deutlichen Rückgang der Zuweisungen über die Polizei (2020: 65, 2021: 26, 2022: 32, 2023: 58, 2024: 30 Klienten).

Eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit mit den GesB-Koordinatoren der Polizeiinspektionen ist für die Täterarbeit von großer Bedeutung und muss in einigen Regionen noch weiter ausgebaut werden.

Die Polizei ist in vielen Fällen die erste staatliche Interventionsinstanz. Täter sind kurz nach dem Tatgeschehen höher motiviert, ihr Verhalten zu ändern und sich an eine Beratungsstelle zu wenden als zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Situation eventuell scheinbar wieder beruhigt hat.

Die **Staatsanwaltschaft** hat u.a. die Möglichkeit, gemäß § 153a StPO (vorläufiges Absehen von Klage; vorläufige Einstellung) entsprechende Auflagen/Weisungen zu erteilen. In einzelnen Landgerichtsbezirken erfolgten die Zuweisungen über die Staatsanwaltschaft (insgesamt 18) regelmäßig, in anderen Landgerichtsbezirken jedoch nur sehr sporadisch.

Für die Arbeit der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ ist dieser Zugangsweg bedeutend, **da Täter mit geringer Motivation in den meisten Fällen nur auf institutionellen Druck** zu einer Beratungsstelle kommen.

Somit ist der Rückgang von Zuweisungen von staatlicher Stelle ein Problem.

Im Laufe der Arbeit ist zwar zu beobachten, dass die meisten Teilnehmer eine Eigenmotivation entwickeln. Ist dies nicht der Fall, werden die Betroffenen mit ihrem passiven Verhalten konfrontiert, ggf. die Beratung eingestellt und die zuweisende Stelle informiert.

Staatsanwaltschaft und Strafgerichte können die **Gerichtshilfe** (vgl. §§ 160 III und 463 d StPO) in allen Verfahrensstadien beauftragen. Diese Praxis wird sehr unterschiedlich gehandhabt. Eine standardisierte Beauftragung der Gerichtshilfe (im Sinne einer Clearing-Stelle) in Fällen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen wäre eine wesentliche Bereicherung für die Täterarbeit und ist daher wünschenswert. Die Gerichtshilfe kann mit Täter und Opfer Kontakt aufnehmen und deshalb die Situation sowie einen spezifischen Beratungsbedarf ausgewogen beurteilen.

Im Landgerichtsbezirk Landau werden bereits alle Vorgänge in Fällen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen von der Staatsanwaltschaft unmittelbar der Gerichtshilfe zugeleitet, um einen Bericht u.a. zur aktuellen Beziehungssituation erstellen zu lassen. Dabei wird von der Gerichtshilfe auch eine Einschätzung darüber getroffen, ob seitens der Staatsanwaltschaft eine entsprechende Auflage/Weisung für den Täter erteilt werden sollte.

Neben der Einschätzung zur Auflagen-/Weisungserteilung für die Justiz kann die **Gerichtshilfe** auch direkte Empfehlungen der TAE an die Klienten aussprechen. Die hier aufgeführten Zugänge über die Gerichtshilfe sind im Vorfeld einer justiziellen Verfügung zu verstehen und haben daher Empfehlungscharakter. Auch hier zeigen sich große regionale Unterschiede.

Die **ambulanten Sozialdienste der Justiz** gliedern sich in Gerichtshilfe und Bewährungshilfe. Insgesamt 36 Klienten sind der Empfehlung gefolgt.

Ferner können **Bewährungshelferinnen und -helfer** ihren Probanden bei Fällen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen, sofern im Bewährungsbeschluss keine entsprechende Auflage/Weisung erteilt wurde, empfehlen, am Trainingsprogramm der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ teilzunehmen. In diesen Fällen sollte die Bewährungshelferin bzw. der Bewährungshelfer darauf hinwirken, dass der Bewährungsbeschluss durch das zuständige Gericht entsprechend geändert und dem Probanden eine entsprechende Auflage/Weisung erteilt wird.

Die Zuweisungen von den **Strafgerichten** (insgesamt 18) sind um sieben Fälle im Vergleich zum Vorjahr (N=25) zurückgegangen. Die Strafgerichte haben u.a. die Möglichkeit, gemäß § 153a StPO (vorläufiges Absehen von Klage; vorläufige Einstellung), § 59 StGB (Verwarnung mit Strafvorbehalt) bzw. § 56 StGB (Strafaussetzung zur Bewährung) entsprechende Beschlüsse zu fassen und Auflagen/Weisungen zu erteilen.

Da es sich bei Tätern häuslicher Gewalt um vorwiegend gering motivierte Männer bzgl. einer freiwilligen Teilnahme an einem Trainingsprogramm handelt, ist es für die Beratungsarbeit unverzichtbar, wenn eine gewisse Drucksituation aufgebaut wird (über institutionelle und/oder justizielle Auflagen und Weisungen). Nur so kann die Masse der auffällig gewordenen und gewaltbereiten Männer erreicht werden.

Institutionen, die Beratungsaufgaben/-weisungen erteilen können, sind innerhalb des Strafverfahrens in erster Linie die Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte (Amts- und Landgerichte). Hierzu wurde 2013 der §153a StPO reformiert und die Überwachungsfrist, innerhalb derer eine Auflage erfüllt sein muss, von 6 auf 12 Monate angehoben.

Die Zusammenarbeit mit den **Jugendämtern** stellt einen weiteren wichtigen Kooperationsbaustein für die Täterarbeit dar (insgesamt 72 Zugänge). Der Vorjahresvergleich zeigt hier einen leichten Rückgang der Empfehlungen über diese Institutionen (2022: 59, 2023: 83, 2024: 72 Fälle). In der Regel besteht eine enge Zusammenarbeit der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ mit den Jugendämtern, sobald Kinder in der Familie des Klienten sind. Diese ist im Standard der BAG TÄHG für die Täterarbeit auch gefordert.⁴

Jugendämter und **Familiengerichte** können die Teilnahme an einem Trainingsprogramm mit Konsequenzen verbinden. Zugänge, die über das Familiengericht erfolgen, haben Empfehlungscharakter. Den Klienten kann nahegelegt werden, an den Angeboten der Beratungsstellen teilzunehmen. Die in die entsprechenden Verfahren eingebundenen Jugendämter können den Gerichten entsprechende „Maßnahmenvorschläge“ unterbreiten. Insgesamt lagen die Zugänge über die Familiengerichte mit 12 Fällen auf dem Niveau von 2022 und somit war hier ein Rückgang von 4 Fällen (2023: 16 Fälle) zu verzeichnen.

Die **Frauenunterstützungseinrichtungen** (Interventionsstellen, Frauenberatungsstellen, Frauennotrufe und Frauenhäuser) sind wichtige Kooperationspartner für die TAE, da sie mit den betroffenen Partnerinnen arbeiten. In diesem Zusammenhang werden den Frauen häufig Empfehlungen für ihre Männer ausgesprochen, den Weg in die TAE zu suchen. 9 Klienten

⁴ Der aktuelle Standard der BAG ist abrufbar unter: <http://bag-taeterarbeit.de/unsere-ziele.html>

sind dieser gefolgt. Einer mehr als im Jahr 2023. Dies ist ein Rückgang von einem Fall im Vergleich zu 2022 (N=10). Der Tiefpunkt der Fallzahlen war bisher das Corona-Jahr 2021 (N=5), weit von den Zahlen 2020 (N=23) entfernt.

Unter „**Sonstige**“ werden andere Institutionen und Stellen, die zuvor nicht im Einzelnen aufgeführt wurden, erfasst. Dazu gehören u.a. Hilfs- und Beratungsstellen wie Ehe-, Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen und Therapeuten.

Diese kooperierenden Institutionen können eine Empfehlung zum Aufsuchen der Beratungsstelle „Contra Häusliche Gewalt!“ aussprechen bzw. die Teilnahme am Trainingsprogramm nahelegen.

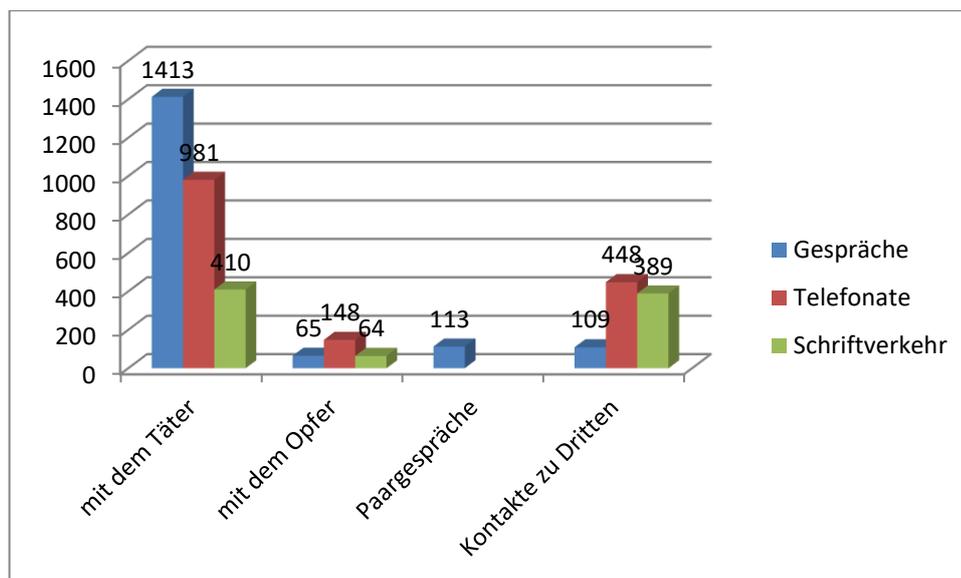
Die "sonstigen" Zugänge sind regional unterschiedlich ausgeprägt und zeigten 2024 mit 28 Fällen erneut einen kleinen Rückgang zum Jahr 2023 mit 33 Fällen und 2022 mit 37 Fällen.

2.3. Überblick über die Gesamtaktivitäten der Beratungsstellen

Neben den im Folgenden aufgeführten Angeboten für die Klienten (Gespräche, Trainingsgruppen) liegt ein großer Bestandteil der Arbeit der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ in der Zusammenarbeit mit den zuweisenden Stellen bzw. Kooperationspartnern, der Teilnahme an den „Regionalen Runden Tischen“ sowie an den regelmäßig stattfindenden Arbeitstreffen aller Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“.

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die Arbeit mit *allen* Fällen (N=472) und nicht nur auf die Neuzugänge der Täterarbeitseinrichtungen (s. 2.1.).

2.3.1. Gesprächsangebote



Die Anzahl der Einzelgespräche mit den Klienten ist erneut gestiegen. Dies ist durch mehrere Faktoren erklärbar:

- Einige Einrichtungen arbeiten ausschließlich mit sogenannten geschlossenen Gruppen, sodass Klienten u. U. vom Zeitpunkt des Erstgesprächs bis zum Gruppenbeginn mehrere Wochen lang Einzelgesprächstermine wahrnehmen (müssen).
- In ländlich großräumigen Landgerichtsbezirken ist es schwierig, einen Trainingskurs an einem zentralen Ort anzubieten. Die Klienten haben teilweise erhebliche Anfahrtswege, sodass mit diesen ausschließlich Einzelgespräche geführt werden können.
- Durch einen geringen Anteil an Klienten mit justiziellen Auflagen/Weisungen in einzelnen Beratungsstellen ist die Durchführung eines Trainingskurses mit einem konstanten Teilnehmerkreis schwieriger. „Selbstmotivierte“ Klienten können nicht zur Teilnahme an einem Trainingskurs „gezwungen“ werden und die Abbrecherquote ist bei dieser Personengruppe tendenziell höher.
- Aufgrund verschiedener äußerer Bedingungen, wie z.B. Schichtarbeit, ist es nicht jedem Klienten möglich, kontinuierlich an einem (geschlossenen) Gruppentraining teilzunehmen. In begründeten Einzelfällen werden analog der Gruppeninhalte Einzelgespräche geführt.
- Neben den pädagogischen und inhaltlichen Nachteilen von Einzelgesprächen bedeuten sie aber auch **einen deutlich höheren zeitlichen Aufwand für die Mitarbeiter.**

Unter „Kontakte zu Dritten“ sind die zuweisenden Institutionen und Kooperationspartner zu verstehen.

Das Angebot von Opfer- und Paargesprächen ist als flankierende Maßnahme zu verstehen. Es dient in der Regel der Information der Partnerinnen über Inhalte und Rahmenbedingungen der Täterarbeit und finden ausschließlich auf Wunsch der beteiligten Personen statt. Oft kommen die Partnerinnen der Klienten unangemeldet zu Gesprächsterminen gemeinsam mit den Klienten in die Beratungsstelle. Die Beratungsstellen verweisen bzw. vermitteln bei Bedarf an die jeweiligen Frauen- bzw. Opferunterstützungseinrichtungen.

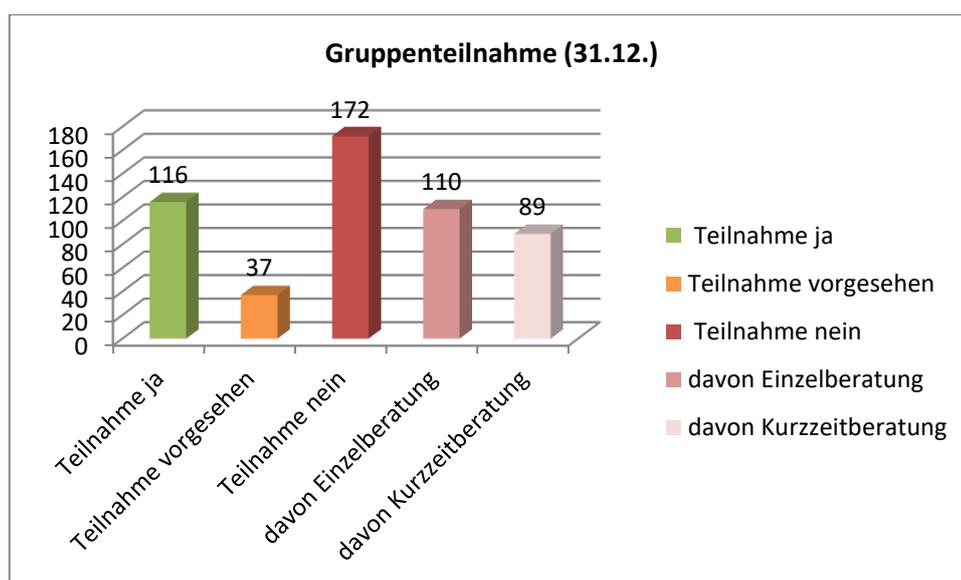
In einigen Fällen werden in Kooperation mit den regionalen FUE-Paargespräche nach dem Standard der BAG angeboten. Konzepte hierzu wurden vor Ort entwickelt. Aber auch hier ist die Praxis der Beratungsstellen sehr unterschiedlich.

2.3.2. Gruppenangebote

Kernstück der Arbeit der TAEs ist die Gruppenarbeit. Diese wird von einem Trainerpaar (hauptamtliche Mitarbeitende plus Honorarkraft) durchgeführt, welches geschlechterparitätisch besetzt ist.

Wenn es gelingt, die Klienten in eine Trainingsgruppe zusammenzufassen, bedeutet dies nicht nur ein zeitlich effektiveres Arbeiten, sondern über die Gruppendynamik auch eine Bereicherung: die Klienten lernen, offen und ehrlich ihre Befindlichkeiten und Probleme anzusprechen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, Kontrolle über ihr Verhalten (wieder) zu gewinnen, Vertrauen zueinander zu fassen, typische Beziehungs- und Gewaltthemen zu bearbeiten und sich selbst wie auch ihre (Ex-)Partnerin besser zu verstehen. Aus pädagogischen sowie psychologischen Gründen stellt die Gruppenarbeit ein unverzichtbares Element der Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt dar.

Ziel der Beratungstätigkeit ist also immer, die Klienten in ein Gruppentraining einzubinden. Jedoch lässt die aktuelle Finanzierung nicht zu, dass allen Klienten dieses Angebot gemacht werden kann.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen legen bei jedem Klienten stets den Fokus auf eine Gruppenteilnahme. Wie bereits erwähnt lassen die o.g. strukturellen

(finanziellen) und regionalen Gegebenheiten eine Teilnahme am Gruppentraining nicht für alle Klienten zu.

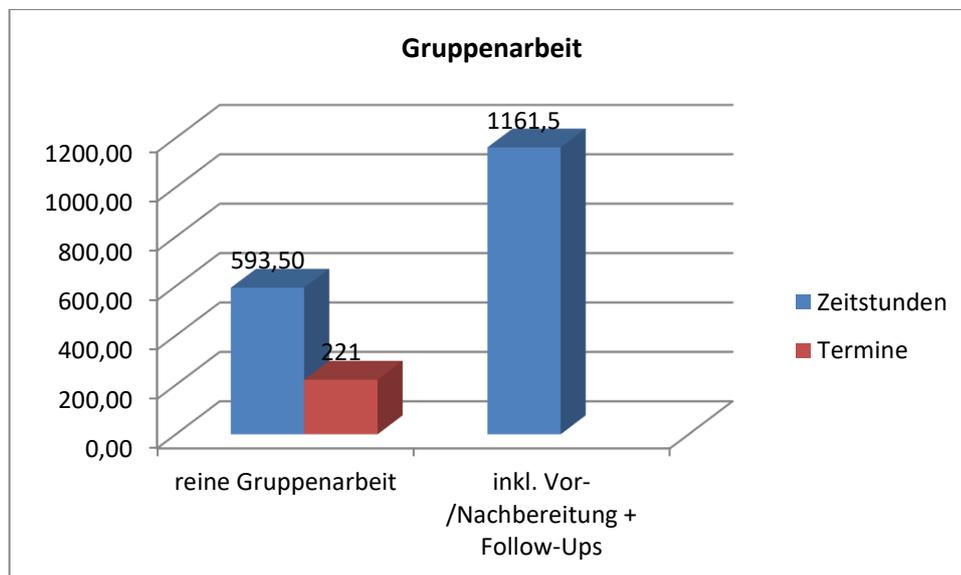
Aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TAE sind diese strukturellen Hindernisse besonders zu beklagen.

Insgesamt haben im Jahr 2024 116 Klienten am Sozialen Gruppentraining teilgenommen, damit haben wir im zweiten Jahr einen Rückgang (2022: 153, 2023: 141).

Dies ist im Vergleich zur Gesamtanzahl aller Klienten (N=468; s. Punkt 2.1.) ein Anteil von 25.78%; hier ist jedoch zu beachten, dass zum Stichtag der statistischen Erhebung (31.12.) sich noch nicht alle Klienten im Gruppentraining befanden (N=37), z.B. aufgrund noch andauernder Anamneseverfahren etc.

Aufgrund der o. g. strukturellen und regionalen Gegebenheiten ist es nicht allen Beratungsstellen möglich, ihr Soziales Trainingsprogramm in geschlossenen Gruppen durchzuführen. Das Angebot einer teiloffenen Trainingsgruppe, deren Themeninhalte modularisiert sind, kann als mögliche Alternative zur geschlossenen Trainingsgruppe gesehen werden. So können auch z. B. Schichtarbeiter das Trainingsprogramm absolvieren oder Gruppen auch mit wenigen Teilnehmern begonnen werden, da eine zeitnahe (Nach-)Besetzung der Plätze ermöglicht und so längere Wartezeiten bis zum nächsten Trainingsbeginn vermieden werden.

Die folgende Abbildung zeigt einen Überblick über die Gruppenarbeit der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“:



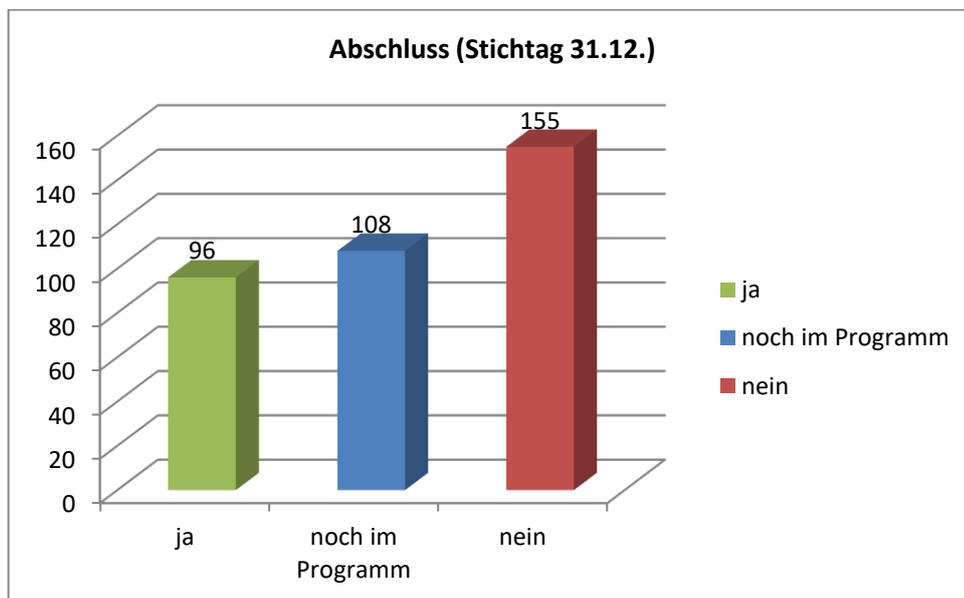
Insgesamt fanden im Jahr 2024 221 Gruppentermine statt. Jedoch hat die bloße Angabe der stattgefundenen Gruppentermine nur wenig Aussagekraft über den zeitlichen Umfang und Aufwand der Arbeit mit den Klienten; die Dauer der jeweiligen Gruppentermine variiert zwischen 2 und 3 Stunden je TAE. Bei Bedarf bieten einige TAE auch am Wochenende Tagesveranstaltungen an, die Gründe hierfür können die Menge der Teilnehmer, Schichtarbeiter usw. sein. Deutlich mehr Einblick in den Arbeitsumfang gibt die Darstellung der gesamten Zeitstunden, welche je Beratungsstelle im Jahr 2024 in die Gruppenarbeit investiert wurden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass hier zum einen die Zeitstunden der stattgefundenen Gruppentermine dargestellt werden, zum anderen muss die Vor- und

Nachbereitungszeit der Trainerinnen und Trainer für die jeweiligen Termine ebenfalls dargestellt werden, welche mit ca. je 2 Stunden pro Gruppensitzung beziffert werden kann. Dies ergibt bei 221 durchgeführten Gruppenterminen plus den Follow-Up-Terminen einen Gesamtaufwand von 1161,5 Zeitstunden für die Gruppenarbeit im vergangenen Jahr.

2.3.3. Abschluss Trainingsprogramm

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zahl der Klienten, die das Trainingsprogramm ordnungsgemäß abgeschlossen haben, sowie die Zahl derer, die keinen Anschluss erlangt haben. Dies soll an einem Schaubild deutlich werden:

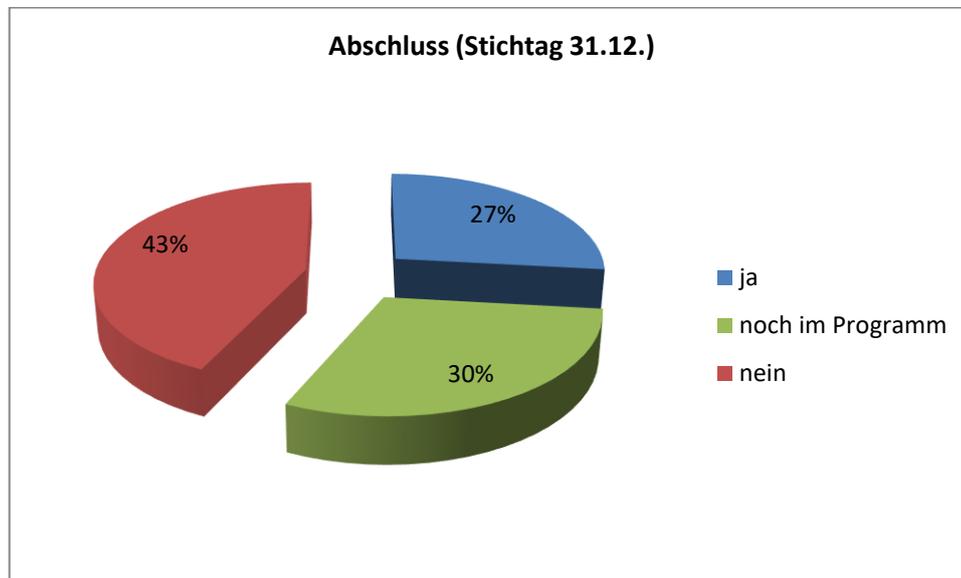


Insgesamt 96 Klienten hatten zum Stichtag 31.12.2023 das Programm abgeschlossen, 108 befanden sich zum Erhebungszeitpunkt noch im Programm (diese müssen potenziell zu denen mit Abschluss gezählt werden) und 155 haben keinen Abschluss erlangt.

Die Gründe für das Nicht-Erreichen des Abschlusses variieren sehr stark. Ein hoher Anteil resultiert aus den großen Entfernungen, welche die Klienten teilweise zurücklegen müssen, um zu den wöchentlich stattfindenden Terminen zu erscheinen. Zudem übersteigen die Fahrtkosten oftmals das Budget der Klienten.

Auch gibt es von Seiten der Justiz Zuweisungen, die eine begrenzte Anzahl von Terminen vorgeben. Es wird somit nicht das „ganze“ Programm auferlegt, sondern z. B. 5, 8 oder 10 Termine. Einen Abschluss nach BAG-Standard gibt es für diese Klienten nicht, auch wenn sie ihre individuellen Auflagen und Weisungen erfüllt haben.

Somit ergibt sich folgende Relation bzgl. der Gesamtzahl der Klienten und der Fälle ohne Abschluss:



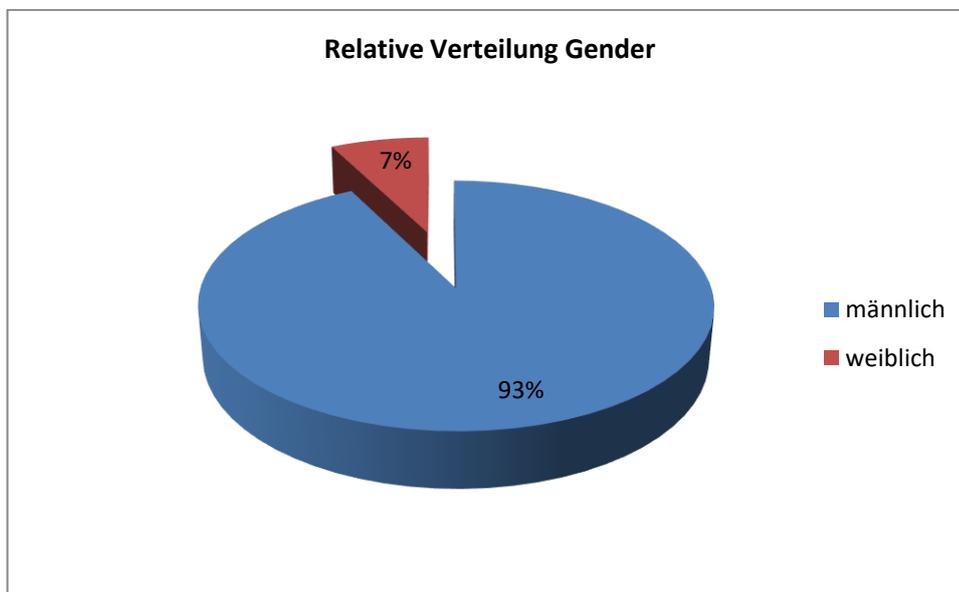
Wenn nun, wie oben bereits erwähnt, die Fälle, welche sich zum Erhebungszeitpunkt noch im Programm befanden, mit den Fällen, welche das Training abgeschlossen haben, kumuliert würden, ergäbe sich eine Quote von 57% (die seit Jahren relativ stabil ist) aller Klienten, welche im Vorjahr einen ordentlichen Abschluss des Trainingsprogramms erlangt hätten.

2.4. Soziobiografische Daten der Klienten

Im Vorfeld der statistischen Darstellungen der soziobiografischen Daten unserer Klienten muss hier dringend angemerkt werden, dass diese nicht als Kausalzusammenhänge zur Gewaltausübung in engen sozialen Beziehungen zu betrachten sind, sondern lediglich ein Abbild *unserer* Klienten wiedergeben. Gewalt in der Partnerschaft ist ubiquitär!

2.4.1. Geschlecht

Insgesamt 23 weibliche Klientinnen durchliefen im Jahr 2024 das Soziale Trainingsprogramm der Täterarbeitseinrichtungen. Damit liegt die Anzahl der weiblichen Klientinnen zwischen denen der Vorjahre (2020: N=33, 2021: N=20, 2022: N=25, 2023: N=25).



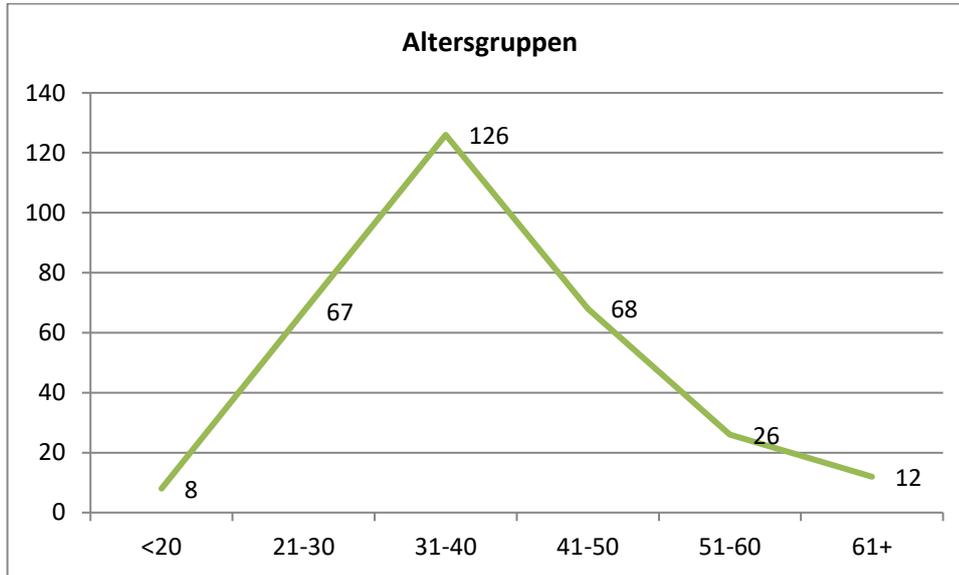
Erwartungsgemäß lag der Anteil der männlichen Klienten, die in die Beratung kommen, hoch, nämlich bei 93%. Bei Betrachtung der letzten Jahre kann ein prozentualer Mittelwert von 94,13% für die männlichen Klienten (2024: 93%, 2023: 95%, 2021: 93%, 2020: 91%, 2019: 95%, 2018: 93%, 2017: 96%, 2016: 91%, 2015: 92%, 2014: 93%, 2013: 96%, 2012: 96%, 2011: 96%, 2010: 94%, 2009: 93,7%, 2008: 94,5%, 2007: 98%) ausgemacht werden.

Wie die Relation deutlich macht, ist der Anteil der weiblichen Klientinnen nach wie vor sehr gering, sodass mit diesen ausschließlich im Einzelsetting und nicht im Gruppensetting gearbeitet werden kann.

Zudem existiert ein evaluiertes Gruppen-Programm für Frauen noch nicht und aktuell ist mit einem solchen Programm auch nicht zu rechnen.

Im Folgenden werden ausschließlich die im Vorjahr neu eingegangenen Fälle als Berechnungsgrundlage genommen.

2.4.2. Altersverteilung der Klienten

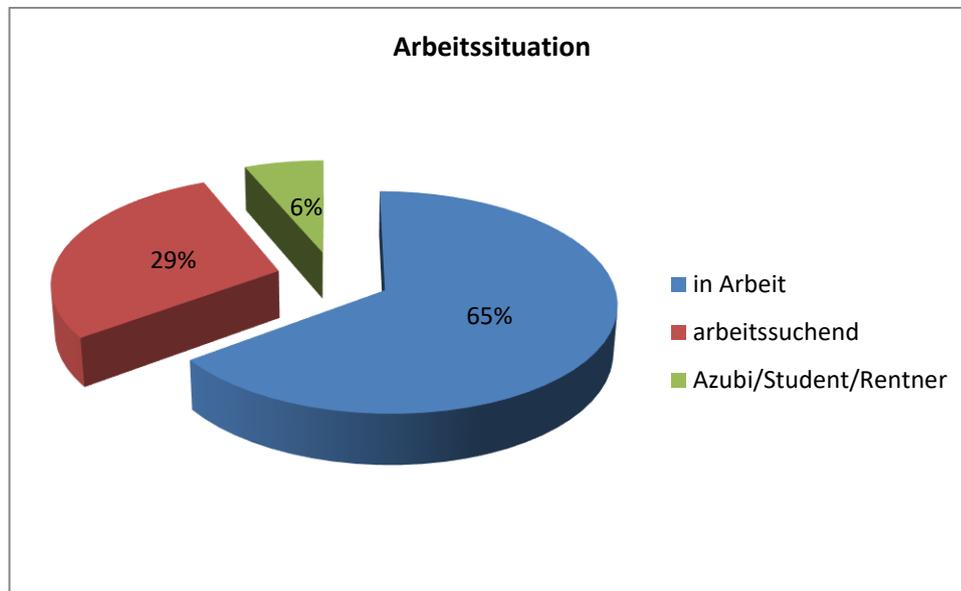


Wie der Abbildung zu entnehmen, lag auch im Vorjahr der größte Anteil der Klienten in der Altersgruppe zwischen 31 und 40 Jahren. Diese Verteilung entspricht denen der Jahre zuvor. Mögliche Interpretationen für diese Häufigkeitsverteilung könnten höhere Belastungsfaktoren, häufigere Lebenskrisen (z. B. Trennung) o. ä. sein. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass 12 Klienten 61 Jahre und älter waren, was jedoch nicht die Realität widerspiegelt: Ergebnisse aus verschiedenen Prävalenzstudien deuten darauf hin, dass zwar physische (und sexualisierte) Gewalt bei älteren Frauen über 60 Jahren seltener vorkommt als bei jüngeren Frauen, psychische Gewalt in unterschiedlichen Schweregraden jedoch ähnlich häufig. Helffeldstatistiken von Polizei, Frauenhäusern und anderen Hilfseinrichtungen zeigen, dass ältere weibliche Opfer im Hilfesystem ganz deutlich unterrepräsentiert sind, d.h. sie wenden sich nur selten an die Polizei oder psychosoziale Beratungsdienste.⁵

⁵ Weiterführende Informationen unter www.ipvow.org. Die Berichte und Materialien wurden im Rahmen von zwei Projekten (IPVoW, Mind the Gap!) von Partnern aus Deutschland, Großbritannien, Österreich, Polen, Portugal und Ungarn erarbeitet.

2.4.3. Arbeitssituation der Klienten

Die Erfassung der Arbeitssituation der Klienten der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ zum Tatzeitpunkt kann mögliche Aussagen zu Stressfaktoren etc. geben. Sie stellt sich wie folgt dar:

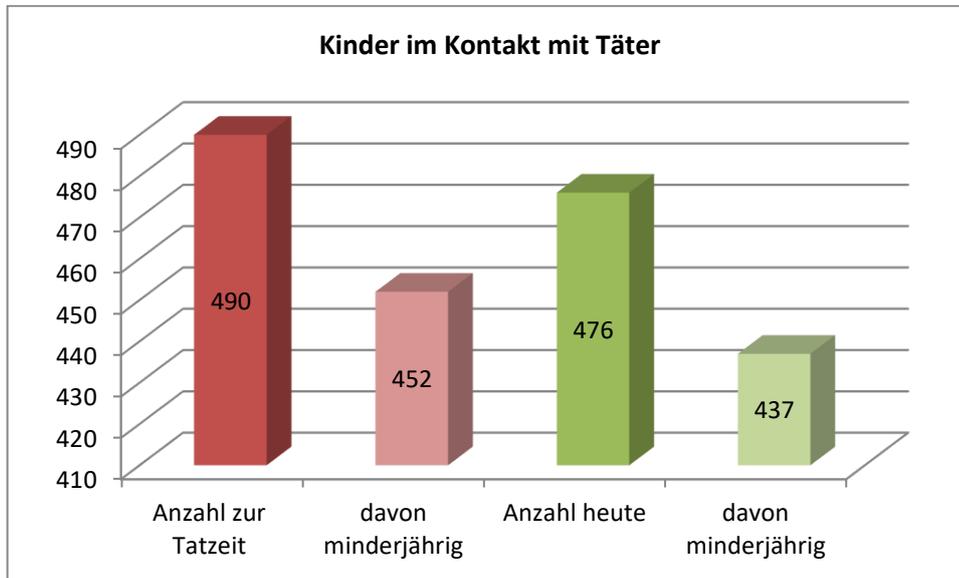


Der Vorjahresvergleich zeigt: mit 29% ist der Anteil der arbeitssuchenden Klienten leicht gestiegen (2020: 31%, 2021: 28%, 2022: 28%, 2023: 26%). Die Gruppe der Auszubildenden, Studenten und Rentnern ist mit 6% weiterhin auf einem niedrigen Niveau und im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozent gefallen.

Der recht hohe Anteil der in Arbeit stehenden Klienten relativiert die Arbeitslosigkeit als möglichen Stressfaktor. Dieser Anteil von 65% muss jedoch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass auch im Jahr 2023 wie in den Vorjahren noch viele der in Arbeit stehenden Klienten bei Leihfirmen beschäftigt waren und diese mit ähnlichen Stressfaktoren wie die arbeitssuchenden Klienten konfrontiert und belastet waren.

Die Transformation von einem Arbeitgeberarbeitsmarkt zu einem Arbeitnehmerarbeitsmarkt vollzieht sich bei unserer Klientel nur langsam.

2.4.4. Kinder



Seit 2011 wird die Anzahl der Kinder, mit denen der Täter im Kontakt steht bzw. stand, erfasst, um ein gewisses Gefährdungspotential für die Kinder im Nachtrag zu dokumentieren. Denn, wie bereits vielfach erforscht und belegt, sind Kinder von häuslicher Gewalt immer mitbetroffen – ob direkt oder indirekt – und somit auch immer Opfer bei häuslicher Gewalt, oft mit schweren Traumatisierungen. Daher stellt häusliche Gewalt auch immer eine Kindeswohlgefährdung dar und das Jugendamt muss eingeschaltet werden.

Hier wird in der Erfassung der Daten ebenfalls zwischen dem Zeitpunkt der Tat und dem Beginn des Trainingsprogramms unterschieden, da oftmals mehrere Wochen dazwischen liegen.

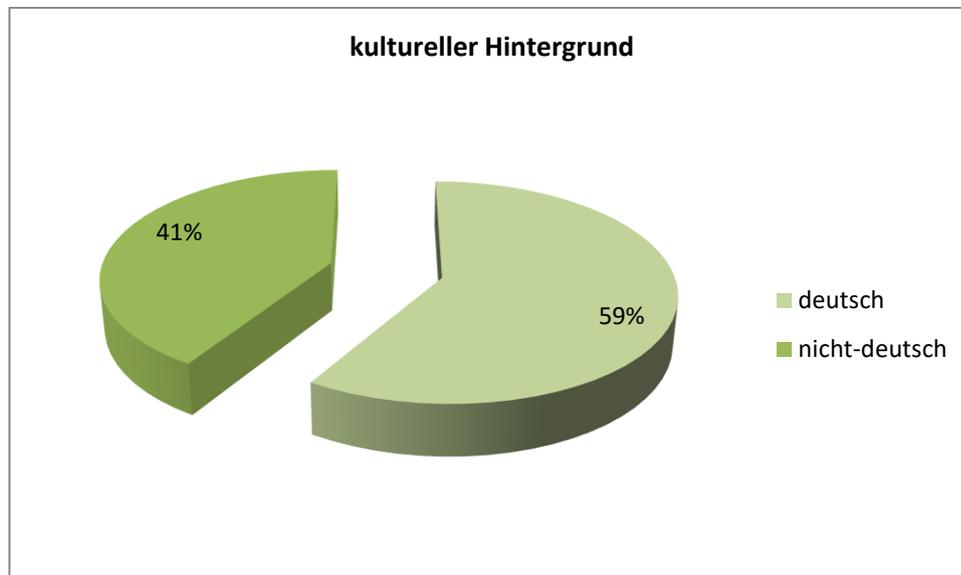
Im Jahr 2024 standen 490 Kinder zum Zeitpunkt der Tat mit dem Täter in Kontakt, 452 davon waren Minderjährige. Zum Zeitpunkt der Intervention durch die TAE waren es noch 476 Kinder, wovon 437 minderjährig waren; Gründe hierfür können die Trennung von der Partnerin oder Interventionen durch Behörden (Jugendamt, Familiengericht) sein.

Wie aus dem Schaubild ersichtlich, waren also im Jahr 2024 allein in Rheinland-Pfalz *mindestens* 490 Kinder, davon 452 minderjährig, von häuslicher Gewalt direkt oder indirekt betroffen. Hierbei ist von hoher Bedeutung, dass diese Anzahl von häuslicher Gewalt betroffener Kinder in Rheinland-Pfalz nur einen kleinen Ausschnitt der Realität wiedergibt. Es gilt zu beachten, dass nur ein sehr kleiner Teil der Täter den Weg in die Beratungsstelle findet. Ferner kommt verstärkend hinzu, dass das Dunkelfeld bei häuslicher Gewalt um ein Vielfaches höher als das Hellfeld liegt!

Bei einer Gesamtanzahl von 490 beteiligten Kindern in Rheinland-Pfalz (2020: 568, 2021: 451, 2022: 580, 2023: 518) ergibt sich ein Mittelwert von ca. 1,5 Kindern pro Fall.

2.4.5. Kultureller Hintergrund der Klienten

Der kulturelle Hintergrund bezeichnet die Herkunft der Klienten bzw. deren Herkunftsfamilie, nicht die aktuelle Staatsangehörigkeit. Die folgende Darstellung unterscheidet lediglich zwischen „deutsch“ und „nicht-deutsch“.



Entgegen vielen Klischees bildeten nach wie vor die Klienten deutscher Herkunft mit 59% mit Abstand die größte Gruppe (2023: 65%, 2022: 61%, 2021: 65%, 2020: 65%, 2019: 63%, 2018: 71%, 2017: 63%, 2016: 66%, 2015: 69%, 2014: 72%, 2013: 70%, 2012: 73%, 2011: 76%, 2010: 74%; 2009: 73%; 2008: 76,8%; 2007: 87%).

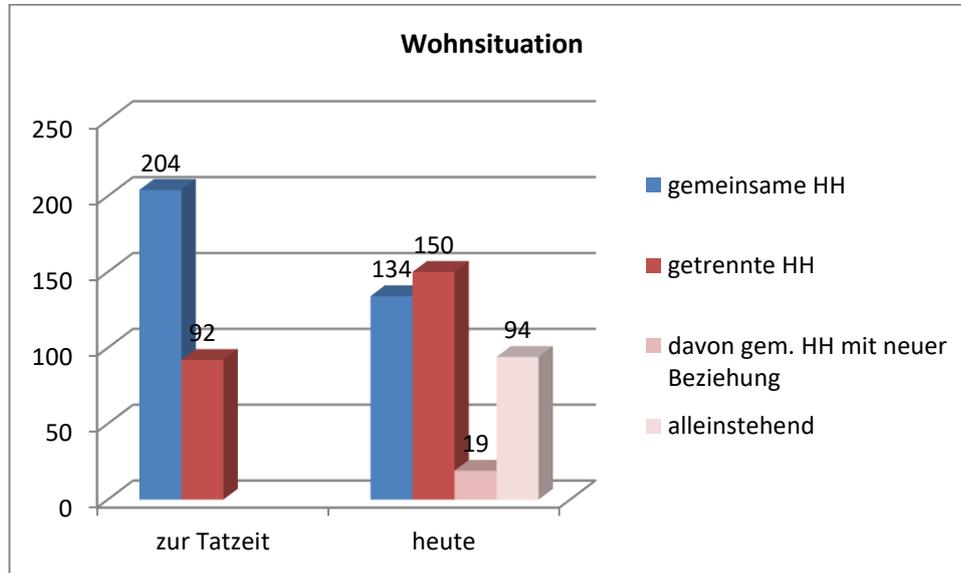
Dieser hohe Anteil ist aber auch damit erklärbar, dass ein gewisses Grundverständnis der deutschen Sprache vorhanden sein muss, um das Training bei den TAEs durchlaufen zu können.

Dennoch **zeigt sich hier bis zum letzten Berichtsjahr über die Jahre ein stetiger Anstieg der nicht-deutschen Klienten**: das Thema der Arbeit mit geflüchteten Personen beschäftigt auch die TAE zunehmend. Jedoch zeigte sich sehr schnell, dass diese – für die Durchführung unseres Programms besonderen – Situationen kein herkömmliches Arbeiten mit den Klienten zulassen und somit nur sehr oberflächlich und im Einzelsetting mit Dolmetscher gearbeitet werden kann. **Das Problem verschärft sich durch die zusätzlichen nicht refinanzierten Kosten und dem erhöhten Zeitfaktor**. Das nicht für alle Sprachen geeignete Übersetzer vorhanden sind, ist ebenfalls für die Täterarbeitseinrichtungen ein Fakt.

Für eine vergleichbare hochwertige Arbeit mit dieser Personengruppe sind neue Konzepte und zusätzliche Ressourcen nötig, die die Durchführung unseres Programms in Form von Gruppenarbeit etc. ermöglichen würden.

2.4.6. Wohn- und Beziehungssituation der Klienten⁶

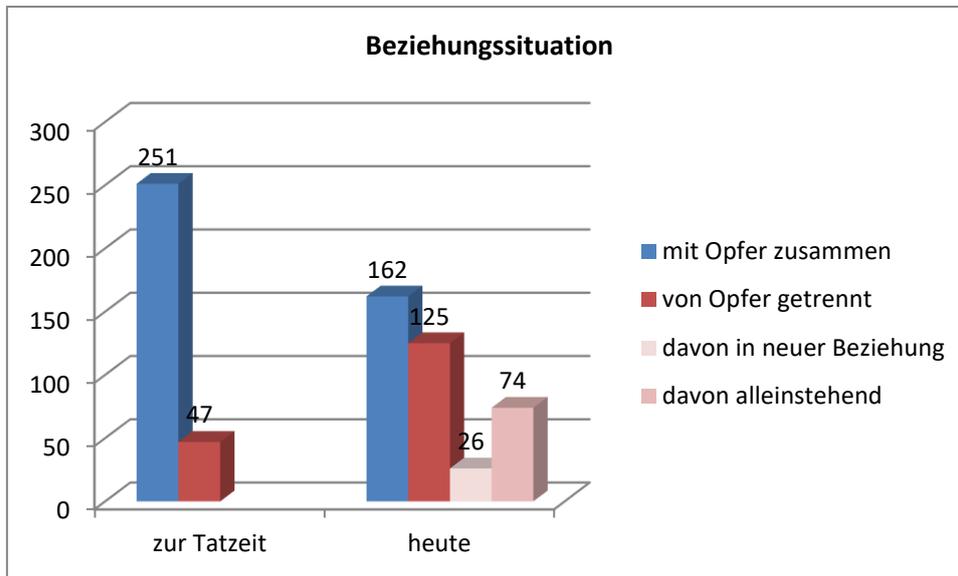
Auch in der Erfassung der Wohn- und Beziehungssituationen wurde zwischen dem Zeitpunkt der Tat und dem der Intervention durch die TAE unterschieden:



Wie aus dem Diagramm ersichtlich, unterscheiden sich die Zahlen der Wohnsituation der Klienten sehr. Zur Tatzeit lebten ca. 2/3 aller Klienten mit dem Opfer in einem gemeinsamen Haushalt, danach waren es nur noch knapp die Hälfte. Es ist davon auszugehen, dass die Tat ausschlaggebend für die Trennung der Haushalte war (z. B. durch Interventionen der Behörden wie Platzverweise seitens der Polizei, Verfügungen nach dem GewSchG oder durch die Intervention des Jugendamtes). Dennoch lebten noch immer mindestens 162 Klienten mit ihren Opfern unter einem Dach; soweit uns bekannt, lebten nur wenige, die sich getrennt hatten, bereits mit einer neuen Partnerin in einem gemeinsamen Haushalt (N=26), ein Großteil jedoch allein (N=86).

⁶ Es fehlen Angaben, da diese nicht erteilt oder nicht erfasst wurden.

Ähnlich verhält es sich bei den Zahlen zu den Beziehungssituationen der Klienten. Waren zum Zeitpunkt der Tat lediglich 47 Klienten von ihrem Opfer getrennt, so war die Zahl zu Beginn des Trainingsprogramms mehr als dreimal so hoch. Dennoch gilt auch hier wieder festzuhalten, dass sich zum Erhebungszeitpunkt noch immer 162 der Klienten mit dem Opfer in einer Partnerschaft befanden und 26 in einer neuen Beziehung.⁷



Diese hohen Zahlen machen weiterhin die Dringlichkeit von externer Intervention bei häuslicher Gewalt deutlich. Die (neuen und bisherigen) Partnerinnen befinden sich womöglich in einer Gefährdungssituation.

Den Opfern ist es aufgrund einer Vielzahl von Abhängigkeiten oft nicht möglich, sich vom Täter zu trennen. Weiterhin zeigen die Studien, dass Veränderungssituationen, Stress oder eine angekündigte Trennung eine Zunahme der Intensität und Frequenz häuslicher Gewalt wahrscheinlicher machen.

Es besteht besonders durch eine konsequente, externe Intervention die Chance, die Situation für die Opfer zu verbessern.

⁷ Anmerkung: Leider konnten wir nicht von allen Klienten die heutige Beziehungssituation erfassen.

3. Hochrisikomanagement (HRM)

Die TAE sind Teil des Hochrisikomanagements in RLP zur Verhinderung von Tötungsdelikten und schweren Gewaltexzessen in Fällen von GesB. Hier werden in regelmäßig stattfindenden, institutionsübergreifenden regionalen Fallkonferenzen explizite GesB-Fälle auf ihr Risiko bewertet und ggf. weitere Vorgehensweisen erarbeitet.⁸ Nach einem anfänglichen Pilotprojekt im PP Rheinpfalz wurde das HRM auf ganz RLP ausgeweitet, sodass mittlerweile alle TAE eingebunden sind und an den Fallkonferenzen obligatorisch teilnehmen (mit Ausnahme der TAE Landau und Mainz, diese nehmen ausschließlich „fallbezogen“ an den Sitzungen teil).

Die bisherigen Erfahrungen der beiden bereits am Pilotprojekt beteiligten sowie der anderen nun auch eingebundenen TAE brachten die Notwendigkeit auf, das eigene Rollenverständnis in solchen Fällen und Konstellationen, wie in den Fallkonferenzen gefordert, zu reflektieren. Im Rahmen von Klausurtagen stellten wir mit professioneller Unterstützung von Fachreferenten (LKA, Psychiatrie und Stalking) konzeptuelle Überlegungen zur Umsetzung der Arbeit in der Praxis an: zusätzliche Qualifizierungsanforderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dafür unabdingbar; neue Themenbereiche wie Stalking, Persönlichkeitsstörungen und sexualisierte Gewalt kommen hinzu.

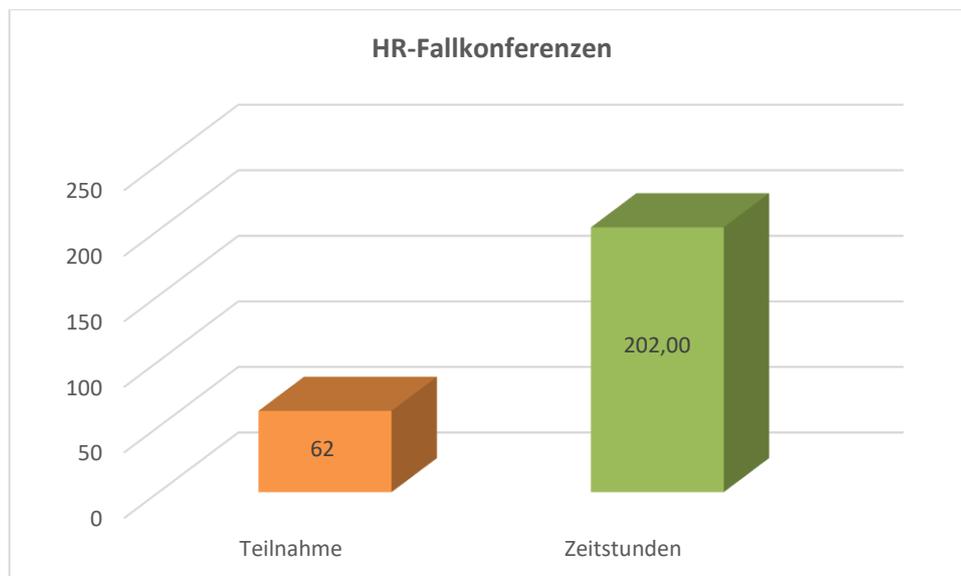
Auch die Quantifizierung der finanziellen Notwendigkeiten (Stundenkontingent, Netzwerkarbeit, Fahrtkosten etc.) für diese Arbeit ist unabdingbar, da die Mitwirkung am HRM einen gänzlich eigenen Bereich darstellt und nur wenig mit der originären Aufgabe von „Contra Häusliche Gewalt!“ zu tun hat. Wir verfassten hierzu ein Positionspapier. Die wichtigsten Punkte sollen hier aufgelistet werden:

- Grundsätzlich sehen die TAE ihre Teilnahme am HRM als neue und vor allem zusätzliche Aufgabe, da diese sich gravierend von der bisherigen Arbeit unterscheidet.
- Geht es in der bisherigen Arbeit um eine längerfristige Intervention mit nachhaltiger Verhaltensänderung, also dem sozialen Trainingsprogramm nach dem Standard der BAG, so stehen im HRM die akute Krisenintervention, Deeskalation, Normverdeutlichung und Risikoeinschätzung des Gefährders im Mittelpunkt der Arbeit der TAE.

Diese gravierenden Unterschiede verlangen aus unserer Sicht die Installierung eines professionellen HR-Bedrohungsmanagements.

Diese neuen, zusätzlichen Aufgaben sowie die wichtige Frage einer ständigen Mitgliedschaft der TAE bei den Fallkonferenzen erfordern zusätzliche Ressourcen. Zur Formulierung konkreter Bedarfe für die Teilnahme an den Fallkonferenzen haben die TAE den Mehraufwand bereits im Jahr 2017 dokumentiert und dem Mdl zur Erhebung notwendiger Fördermittel zugeleitet. Diese sind erfreulicherweise als Teilfinanzierung bewilligt.

⁸ Ausführlichere Informationen siehe <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/frauen/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/downloads/>



Die TAE nahmen im letzten Jahr an insgesamt 62 Fallkonferenzen teil und investierten 202 Arbeitsstunden dafür (Diese Stunden beziffern jedoch nicht den Mehraufwand für die praktische Arbeit der TAE mit den Gefährdern/Beschuldigten, welche durch die Fallkonferenzen an die TAE verwiesen bzw. empfohlen werden).

Seit dem 25. Mai 2018 gelten die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Das wirft hinsichtlich der Hochrisikokonferenzen einige datenschutzrechtliche Fragen auf. Die Auflösung dieser Fragen steht dringend an. Einerseits könnte eine vertragliche Regelung bei schon im Programm befindlichen Personen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO; ggf. zzgl. Art. 9 Abs. 2 Abs. h DSGVO) erfolgen und/oder andererseits durch das berechtigte Interesse (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO ggf. zzgl. Art. 9 Abs. 2 Abs. h DSGVO (Behandlung im Sozialbereich)). Auch ist eine förmliche Verpflichtung auf § 353b Abs. 2 Nr. 2 StGB (Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht) der Teilnehmenden aus den NRO zu prüfen.

Wie oben bereits erwähnt, erfordert die Mitarbeit im HRM für die TAE neben den Teilnahmen an den Fallkonferenzen auch die Arbeit mit den Beschuldigten/Gefährdern, welche nicht einfach in das bestehende Programm integriert werden können.

Fragen, die uns hier beschäftigen werden:

- Sollen die TAE das Bedrohungsmanagement entwickeln und umsetzen?
- Wer arbeitet mit den HR-Tätern/-Gefährdern, insbesondere mit denen, die von dem Konzept der TAE ausgeschlossen werden z. B. Stalker. Dieser Tätertyp begegnet uns regelmäßig in den Fallkonferenzen.
- Welche fachlichen zusätzlichen Qualifizierungen werden hierfür notwendig sein und wie werden diese finanziert?

Von Beginn des Projekts an zeigte sich eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Mdl. Die Nutzung kurzer Dienstwege, regelmäßige Arbeitsgespräche und unbürokratische Themenbearbeitungen sollen auch im neuen Jahr in Abstimmung mit dem Mdl stattfinden.

Darüber hinaus stellen die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kooperationspartnern sowie der Ausbau eines gut funktionierenden Netzwerkes in den einzelnen Landgerichtsbezirken einen weiteren Aufgabenschwerpunkt der Beratungsstellen „Contra Häusliche Gewalt!“ dar.

Dabei müssen die regionalen Besonderheiten, wie die Größe der Landgerichtsbezirke bzw. Unterschiede in ländlichen und städtischen Regionen, entsprechende Berücksichtigung finden.

Wir danken dem Ministerium des Inneren und für Sport für die kooperative und ausdauernde Unterstützung der Täterarbeit in RLP.

Die im Jahr 2025 gestiegene Förderung zeigt, dass die Täterarbeit eine hohe Wertschätzung erfährt.

Dank gebührt ebenfalls unseren Kooperationspartnern für die gute Zusammenarbeit.

Für das Koordinationsbüro RLP
Ralf Kohlhaas

März 2025